Kapitel 04 210
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Ansatz 2005	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Ansatz 2005
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	2004	EUR	2004
		EUR	EUR	EUR

**04 210 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und
Staatsanwaltschaften**

E i n n a h m e n

Verwaltungseinnahmen

111 01 052	Gebühren und tarifliche Entgelte	795 000 000	+29 000 000	824 000 000
		802 200 000	—	802 200 000

Begründung:

Erhöhung der Einnahmen aufgrund der Gebührenerhöhungen durch das zum 01.07.2004 in Kraft getretene Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.

Gesamteinnahmen Kapitel 04 210	950 590 600	+29 000 000	979 590 600
	951 590 600	—	951 590 600

A u s g a b e n

Personalausgaben

422 01 052	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	610 671 200	-800 000	609 871 200
		602 251 800	—	602 251 800

Begründung:

Die Ansatzreduzierung kompensiert einen Teil der Mehrausgaben bei Titel 425 01 aus der Verschiebung von 300 kw-Vermerken. Die Einsparung wird durch die zeitliche Verzögerung von Einstellungen im Jahr 2005 erwirtschaftet.

425 01 052	Vergütungen der Angestellten	190 550 700	+5 012 900	195 563 600
		206 996 300	—	206 996 300

Begründung:

Mit dem Nachtragshaushalt 2004 wurden zum Abschluss zusätzlicher Ausbildungsverträge 250 neue Stellen für Auszubildende im Epl. 15 ausgebracht, die im Haushaltsvollzug 2004 auf die Einzelpläne verteilt werden sollten. Diese Verteilung wird im Nachtragshaushalt 2005 nachvollzogen.

Der Ansatz wurde insoweit um 478.400 EURO erhöht.

Von ab 01.01.2005 fälligen kw-Vermerken werden 300 entsprechend den Erläuterungen bis 2010 verlängert. Die Prolongation der kw-Befristung trägt der hohen Belastung im mittleren und Schreibdienst bei den Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit und den Staatsanwaltschaften

Rechnung.

Der Ansatz wurde insoweit um 4,5 Mio. EURO erhöht.

Darüber hinaus wird die Umsetzung 1 Stelle der VerGr. VIb/VII aus dem Kapitel 04 240 infolge der Beihilfekonzentration in der Justiz im Haushaltsvollzug 2004 - auch durch Ansatzerhöhung um 34.500 EURO - nachvollzogen.

Erläuterung
Zu Titel 425 01:

	2005		2004	
1. Gesamtbezüge	163 857 400	EUR	175 290 100	EUR
2. Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Tarifvertrag beruhen	31 700 100	EUR	31 700 100	EUR
3. Lehrzulagen	6 100	EUR	6 100	EUR
Zusammen	195 563 600	EUR	206 996 300	EUR

Kapitel 04 210
Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Ansatz 2005	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Ansatz 2005
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	2004 EUR	EUR	2004 EUR

Stellen für Angestellte

Vergütungsgruppe BAT	Stellensoll 2005 neu	Stellensoll 2005 bisher	Stellensoll 2004 neu	Stellensoll 2004 bisher
BAT VIb/VII	6	5	5	5
Gesamt	4742	4741	5144	5144

Das Stellensoll 2005 berücksichtigt die Umsetzung von 1 Stelle für Angestellte der VergGr. VI b/VII BAT aus dem Kapitel 04 240 gem. § 50 Abs. 1, 4 LHO im Haushaltsvollzug 2004.

Erläuterungen:

Vergütungsgruppe BAT IVb/Vb:
davon 1 / 1 (1) kw § 42 LPVG

Vergütungsgruppe BAT V b/V c:

davon - / - (1) kw zum 31.12.2003. Die Stelle dient zur Einstellung einer/eines Schwerbehinderten, die/der von der Arbeitsverwaltung in Qualifizierungsmaßnahmen fortgebildet worden ist. Sie wird der aufnehmenden Behörde/Einrichtung längstens bis zum 31.12.2003 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab 01.01.2004 ist die/der Angestellte auf eine Stelle des originären Kontingents zu führen;
7 / 7 (8) kw § 42 LPVG

Vergütungsgruppe BAT VIb:

davon 1 / 1 (1) kw § 42 LPVG

Vergütungsgruppe BAT VIb/VII:

davon 2 / 2 (2) kw zum 31.12.2005. Die Stellen dienen zur Einstellung Schwerbehinderter, die von der Arbeitsverwaltung in Qualifizierungsmaßnahmen fortgebildet worden sind. Sie werden der aufnehmenden Verwaltung längstens bis zum 31.12.2005 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab 01.01.2006 sind die Angestellten auf Stellen des originären Kontingents zu führen.

Vergütungsgruppe BAT VIb bzw. BAT VII/VIII:

davon - / - (50) kw zum 31.12.2003
- / 103 (103) kw zum 31.12.2004
- / - (138) kw 01.01.2004
- / 118 (118) kw ab 01.01.2004 (Verlängerung von 01.01.2004)
- / 68 (68) kw ab 01.01.2005
- / 187 (187) kw ab 01.01.2005 (Verlängerung von 01.01.2005)
143 / 256 (256) kw ab 01.01.2005 (Verlängerung von 01.01.2005)
60/- (-) kw ab 01.01.2006 (Verlängerung von ab 01.01.2005)
60/- (-) kw ab 01.01.2007 (Verlängerung von ab 01.01.2005)
60/- (-) kw ab 01.01.2008 (Verlängerung von ab 01.01.2005)
60/- (-) kw ab 01.01.2009 (Verlängerung von ab 01.01.2005)
60/- (-) kw ab 01.01.2010 (Verlängerung von ab 01.01.2005)
- jeweils Organisationsuntersuchung Schreib- und Protokolldienst -

Stellen für Auszubildende

Bezeichnung	2005 neu	2005 bisher	2004 neu	2004 bisher
1. Nach dem Berufsbildungsgesetz				
a) verwaltungsbezogen	958	912	912	912
b) nicht verwaltungsbezogen	-	-	-	-
2. Praktikanten/Praktikantinnen	151	151	151	151
3. Schüler/Schülerinnen				
a) mit Entgelt	-	-	-	-
b) ohne Entgelt	-	-	-	-
Zusammen	1109	1063	1063	1063

Das Stellensoll 2005 berücksichtigt die Umsetzung von 46 Stellen für Auszubildende aus dem Einzelplan 15 im Haushaltsvollzug 2004. Die Anpassung des Ansatzes für 2005 um 478.400 EURO folgt der Stellenumsetzung.

Kapitel 04 210

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Ansatz 2005	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Ansatz 2005
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	2004 EUR	EUR	2004 EUR

Sächliche Verwaltungsausgaben

511 01 052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	80 446 000	-70 000	80 376 000
		79 275 000	—	79 275 000

Begründung:

Die Ansatzkürzung kompensiert Mehrausgaben im Geschäftsbereich des MWF für die Stellenverstärkung des Lehrstuhls für Rechtsmedizin der Universität Köln.

Nach der Übernahme der rechtsmedizinischen Aufgaben für den Landgerichtsbezirk Aachen durch das Institut für Rechtsmedizin in Köln kommt es bei der Erstellung von rechtsmedizinischen Gutachten u. ä. zu teilweise erheblichen Verzögerungen, die das Institut mit personellen Engpässen begründet. Das MWF hat sich bereit erklärt, eine weitere Stelle für einen Rechtsmediziner anzumelden, sofern die erforderliche Deckung der Mehrausgabe aus dem Einzelplan 04 erbracht wird.

Erläuterung**Zu Titel 511 01:**

	2005		2004	
1. Geschäftsbedarf	6 700 000	EUR	6 600 000	EUR
2. Bücher und Zeitschriften	3 200 000	EUR	3 200 000	EUR
3. Kommunikation	68 386 000	EUR	67 475 000	EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände	2 090 000	EUR	2 000 000	EUR
5. Sonstiges	—	EUR	—	EUR
Zusammen	80 376 000	EUR	79 275 000	EUR

532 20 052	Auslagen in Insolvenzverfahren	12 600 000	+9 000 000	21 600 000
		11 000 000	—	11 000 000

Begründung:

Aufgrund zweier Beschlüsse des Bundesgerichtshof war die Mindestvergütung in masselosen Regel- und Verbraucherinsolvenzverfahren zu erhöhen. Das Bundesministerium der Justiz hat auf der Grundlage einer rechtstatsächlichen Untersuchung die Mindestvergütung in masselosen Verbraucherinsolvenzverfahren von 250 EURO auf 900 EURO und in masselosen Regelinsolvenzverfahren von 500 EURO auf 1.600 EURO angehoben. Demzufolge ist von einer Mehrausgabe von 9 Mio. EURO im Haushaltsjahr 2005 auszugehen.

Erläuterung**Zu Titel 532 20:**

	2005		2004	
1. Gebühren und Auslagen der Rechtsanwälte in Insolvenzsachen	45 000	EUR	40 000	EUR
2. Vergütung und Auslagen der Insolvenzverwalter und Treuhänder	9 045 000	EUR	40 000	EUR
3. Bei Gericht anfallende Bekanntmachungskosten in Insolvenzsachen	2 620 000	EUR	2 270 000	EUR
4. Sachverständigenkosten in Insolvenzsachen	8 030 000	EUR	7 050 000	EUR
5. Sonstige Auslagen in Insolvenzsachen	1 860 000	EUR	1 600 000	EUR
Zusammen	21 600 000	EUR	11 000 000	EUR

Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit und Staatsanwaltschaften

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Bisheriger Ansatz 2005	mehr (+) / weniger (-)	Neuer Ansatz 2005
Funkt.- Kennziffer	(Erläuterungen)	2004 EUR	EUR	2004 EUR

546 50 052	Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder, Pfleger und Betreuer	125 800 000	-1 000 000	124 800 000
		125 800 000	—	125 800 000

Begründung:

Die Ansatzreduzierung kompensiert Mehrausgaben im Kapitel 04 410 Titel 547 80.

Im Hinblick auf die aktuelle Ausgabeentwicklung erscheint eine Ansatzkürzung in diesem Umfang angemessen.

Erläuterung**Zu Titel 546 50:**

	2005	2004
1. Pauschale Aufwandsentschädigung an ehrenamtliche Betreuer (§ 1836a BGB)	13 800 000 EUR	13 800 000 EUR
2. Aufwandsentschädigung nach § 1835 BGB	9 600 000 EUR	9 600 000 EUR
3. Vergütung an Berufsbetreuer (§ 1836 Abs. 2 BGB)	94 700 000 EUR	95 700 000 EUR
4. Vergütung an Pfleger für das Verfahren in Unterbringungs- und Betreuungssachen (Verfahrenspfleger)	5 500 000 EUR	5 500 000 EUR
5. Aufwandsentschädigung und Vergütung an Vormünder und Pfleger im Minderjährigenbereich	1 200 000 EUR	1 200 000 EUR
Zusammen	124 800 000 EUR	125 800 000 EUR

Gesamtausgaben Kapitel 04 210	1 736 972 900	+12 142 900	1 749 115 800
	1 728 504 400	—	1 728 504 400

Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 210	6 667 000	—	6 667 000
	106 873 000	—	106 873 000